

V-2 2038 ist kein Konsens!

Gremium: Landesvorstand Brandenburg,
Landesvorstand NRW, Landesvorstand
Sachsen, Fachforum Ökologie, Anna Peters
Beschlussdatum: 21.03.2019
Tagesordnungspunkt: Verschiedene Anträge

1 Die Kohlekommission wurde Mitte 2018 von der Bundesregierung eingesetzt, um die
2 Frage zu klären, ob und wann aus der Kohleverstromung ausgestiegen wird. Im
3 Januar 2019 wurde beschlossen: 2038 soll Schluss sein mit der Kohleverstromung.
4 Das ist uns entschieden zu spät. Nicht die Menschen, die in der Kommission
5 saßen, müssen die Konsequenzen noch in 50 Jahren ausbaden, sondern wir, die
6 junge Generation und jene, die schon jetzt die Folgen der Klimakrise spüren.
7 Deswegen stehen wir Seite an Seite auch mit der "Fridays for future"-Bewegung
8 und kämpfen gemeinsam für einen sofortigen Ausstieg aus der Kohle bis 2025 in
9 Deutschland und 2030 in ganz Europa. Es geht uns um Gerechtigkeit - zwischen
10 Generationen aber auch schon heute global.

11 Doch auch der Fakt, dass die Bundesregierung nicht den politischen Mut hat,
12 diese Entscheidung alleine zu fällen, ist an sich schon eine Farce. So hat sie
13 die Kommission eingesetzt, um den beschlossenen Bericht im Nachhinein als
14 Konsens aller Beteiligten (also sowohl Energiekonzerne als auch Klimabewegung)
15 zu verkaufen - es waren aber weder Vertreter*innen der parlamentarischen
16 Opposition oder zukünftiger Generationen in der Kommission vertreten. Mit der
17 Kohlekommission, der durch Scheuer eingeschränkten Verkehrskommission und der von
18 Seehofer noch nicht einmal eingesetzten Gebäudekommission macht diese Auslagerung von
19 Entscheidungen gerade in der Klima- und Umweltpolitik Schule. Zusammensetzungen
20 wie in der Kohlekommission verhindern, dass Opposition und NGOs ihre Rolle als
21 Impulsgeber*innen für progressive Politik ausüben können. Wir kritisieren, dass
22 derartige Modelle in unzureichender Besetzung genutzt werden, um
23 gesamtgesellschaftliche Konflikte zu befrieden und politische Parteien
24 versuchen, sich aus der Verantwortung zu ziehen.

Der Kohlekompromiss ist fatal fürs Klima!

26 Der Abschlussbericht der Kohlekommission sieht nun also einen Ausstieg aus der
27 Kohle bis spätestens 2038 vor. Ebenfalls wird erwähnt, dass ein Ausstieg
28 allerfrühestens 2035 stattfinden kann.

29 Es wird also versucht, eine "Mindeshaltbarkeit" des dreckigsten Energieträger
30 festzulegen - ein Schlag ins Gesicht aller junger Menschen und jener, die schon
31 jetzt unter den Folgen der Klimakrise leiden. In den Jahren 2023, 2026 und 2029
32 sollen sogenannte „Bewertungen der Situation“ stattfinden. Diese Bewertungen
33 sollen überprüfen, ob die Maßnahmen mit Bezug auf Versorgungssicherheit,
34 Strompreisniveau, Klimaschutz, Weiterentwicklung des EU-Beihilferechts und
35 Strukturentwicklung übereinstimmen und ob das Ausstiegsdatum noch eingehalten
36 werden kann. Es wird in der Logik der Kohlekommission keinen schnelleren
37 Ausstieg als 2035 geben und auch ein Anheben der Erneuerbaren-Ziele ist demnach
38 nicht möglich. Es gibt außerdem keine Möglichkeit den Ausstieg ambitionierter
39 durchzuführen, selbst dann nicht, wenn die Bundesregierung sich dazu
40 international verpflichtet. Im europaweiten Vergleich sind Deutschlands
41 Ausstiegspläne verspätet und verfehlt. Bis 2030 wollen Finnland, Portugal und
42 die Niederlande die Kohleverstromung einstellen, Italien, Großbritannien und
43 Österreich bis 2025 und in Schweden und Frankreich sollen schon 2022 die letzten
44 Kohlekraftwerke vom Netz gehen. Deutschland muss als zentraler Akteur und
45 Wirtschaftsmacht Verantwortung übernehmen und innovativ handeln!

46 Viele verschiedene wissenschaftliche Szenarien belegen, dass nur ein
47 Kohleausstieg bis allerspätestens 2030 dazu führt, dass die 1,5-Grad-Grenze
48 eingehalten werden kann.

49 Ein Verfehlen dieses Ziels würde bedeuten, dass sogenannte „Kipppunkte“ erreicht
50 werden, die dazu führen, dass irreversible Schäden entstehen (wie z.B. das
51 bereits beginnende Sterben vieler Korallenriffe, die Meeresströmungen würden
52 sich weiter verändern und vieles mehr).

53 Die Grüne Jugend setzt sich für einen Kohleausstieg bis spätestens 2025 ein, da
54 vor allem die Energiewirtschaft der Bereich ist, der am schnellsten
55 transformiert werden kann. Hier sind die Alternativen wie Wind und Sonne bereits
56 preiswert und neue Speichertechnologien erleben gerade den Durchbruch.

57 Eine entsprechende Gestaltung politischer Rahmenbedingungen kann zudem eine
58 Dezentralisierung und Demokratisierung der Energiegewinnung- und versorgung
59 ermöglichen. Die Probleme bei der "Stromwende" wie schleppender Netzausbau oder
60 hohe Kosten sind nicht technisch, sondern rein politisch verursacht.

61 **Alle Dörfer und Wälder bleiben...**

62 **...in Brandenburg**

63 Im Abschlussbericht der Kohlekommission wird weder der Erhalt des
64 brandenburgischen Dorfes Proschim angekündigt, noch dem möglichen neuen Tagebau
65 Welzow Süd II eine Absage erteilt. Wir werten dies als ein klimapolitisches
66

67 Armutszeugnis und zudem als eine künstliche Verschärfung der Unsicherheit für
68 Anwohner*innen und Unternehmen, die den Strukturwandel massiv erschwert. Die
69 Landesregierung hat einst versprochen, dass Horno das letzte Dorf gewesen sein
70 soll, das der Braunkohle in Brandenburg weicht. Wir fordern sie auf, sich an
71 dieses Versprechen zu halten. Hannelore Wodtke, die in der Kohlekommission die
72 vielen Anwohner*innen vertrat, die sich eine grüne Zukunft für die Lausitz
73 wünschen, hat als einzige gegen den finalen Kompromiss gestimmt. Sie erhält
74 unsere volle Unterstützung. Wir fordern nicht nur den Erhalt Proschims und eine
75 klare Absage an neue Tagebaue, sondern wollen auch bereits genehmigte Tagebaue
76 verkleinern – nicht nur aus klimapolitischen Gründen: Der Wald bei Taubendorf
77 wird immer weiter für den Tagebau Jänschwalde gerodet, bis die Bewohner*innen
78 Taubendorfs eines Tages direkt an der Abbaukante wohnen. Das wollen wir nicht
79 zulassen und fordern: Der bestehende Rest des Waldes, der Lebensraum, Staub- und
Lärmschutz zugleich ist, soll in Gänze erhalten werden.

80 **...in Sachsen**

81 In Sachsen sind mit Pödelwitz, Obertitz und Mühlrose gleich drei Dörfer akut
82 durch eine Abaggerung für eine Tagebauerweiterung bedroht. Der Bericht der
83 Kohlekommission gibt den Bewohner*innen aber keineswegs Sicherheit für den
84 Erhalt ihrer Orte für die Zukunft. Vielmehr bleibt der Weiterbestand der Dörfer
85 eine Hängepartie.

86 Dabei gibt es für Pödelwitz und Obertitz weder zugelassene Rahmenbetriebspläne,
87 noch einen Genehmigungsantrag dafür. Für den im Bericht der Kohlekommission
88 vorgesehenen stetigen Kohleausstieg reichen die derzeit genehmigten Tagebaue,
89 wie der Tagebau Vereinigtes Schleenhain bei Pödelwitz, bei weitem aus. Dass
90 Dörfer abgebaggert werden sollen, um darüber hinaus Kohle zu gewinnen, bleibt
91 selbst im Angesicht des beschlossenen Kohleausstiegsdatums, aber auch mit Blick
92 auf die Pariser Klimaziele, ein sinnloses Vorhaben.

93 Ein entschiedenes Bekenntnis zum Erhalt der Dörfer muss aus der Landesregierung
94 kommen. Dort stellt man sich aber auf guten Fuß mit den Energieunternehmen LEAG
95 und MIBRAG. So ist es das sächsische Wirtschaftsministerium, das die LEAG bei
96 seinen neuen Plänen unterstützt, das Dorf Mühlrose bereits ab April 2019
97 umzusiedeln - ohne ein bergrechtliches Genehmigungsverfahren für den
98 betreffenden Tagebau Nochten II abzuwarten.

99 In der Köpfen der sächsischen Landesregierung ist die Tatsache, dass das Ende
100 der Kohle auch in Sachsen eingeleitet ist, noch nicht vollends angekommen. Wir
101 fordern die Landesregierung auf, die Tatsachen der Klimakrise und die Interessen
102 der Einwohner*innen, die in den von Abaggerung bedrohten Dörfern leben, endlich
103 Ernst zu nehmen. Der Zukunftswunsch für Sachsen darf nicht sein, dass noch
104 möglichst lang Kohle abgebaut wird - sondern dass Dörfer erhalten bleiben, ein
105 Strukturwandel langfristig gelingt und Sachsen seinen Anteil zur Bekämpfung der

106 Klimakrise leistet.

107 **...in Nordrhein-Westfalen**

108 Das Ergebnis der Kohlekommission ist für die Lausitz völlig unzureichend, für
109 den Bestand des Hambacher Waldes sowie die Zukunft der verbliebenen
110 Umsiedlungsdörfer im Rheinischen Revier kann dieser Vorschlag jedoch eine Chance
111 sein. Denn für die benötigten Abbaumengen, um den Ausstiegsplan der
112 Kohlekommission umzusetzen, können der Tagebau Garzweiler 2 sowie der Tagebau
113 Hambach so verkleinert werden, dass keine weitere Waldfläche sowie keine
114 weiteren Dörfer mehr in Anspruch genommen werden müssen. Die GRÜNE JUGEND
115 fordert die Nordrhein-Westfälische Landesregierung auf, zwei neue
116 Leitentscheidungen für die Großtagebaue Hambach und Garzweiler 2 zu fällen. Die
117 Abbaugrenzen müssen dabei so gezogen werden, dass die Ortschaften Berverath,
118 Keyenberg, Kuckum, Oberwestrich, Unterwestrich, Manheim und Morschenich sowie
119 der Hambacher Wald nicht in Anspruch genommen werden.

120 Leitentscheidungen brauchen Zeit. Deshalb dürfen jetzt von RWE keine Fakten
121 geschaffen werden. Wir fordern deshalb den sofortigen Stopp aller
122 Zwangsumsiedlungen, aller Abrissarbeiten, aller Rodungen, Flächen- und
123 Naturzerstörungen in den Braunkohlerevieren. Auch darf eine Leitentscheidung für
124 den Tagebau Hambach nicht von einer Aufgabe der Besetzung des Hambacher Waldes
125 abhängig gemacht werden.

126 Der Abschlussbericht der Kohlekommission gibt der NRW-Landesregierung den klaren
127 Auftrag, einen Prozess zur Zukunft der Umsiedlungsdörfer anzustoßen. Mit den
128 Menschen vor Ort müssen Pläne für die Zukunft der Dörfer geschmiedet werden. Die
129 Lösungen für die Dörfer werden sehr individuell ausfallen. In einigen Dörfern
130 sind erst wenige Menschen umgesiedelt, in anderen lebt kaum noch ein Mensch und
131 erste Abrissarbeiten haben begonnen. Wichtig ist, dass endlich mit den
132 Bewohner*innen der Dörfer geredet wird, über ihre Köpfe hinweg wurde lange genug
133 entschieden. **Zudem braucht es Strukturhilfe für die Orte, da in diesen**
134 **jahrzehntelang kaum mehr in die Infrastruktur sowie den Erhalt der Bauwerke**
135 **investiert wurde.**

136 **Rheinland, Lausitz, und Leipziger Land können mehr als Kohle!**

137 Wir fordern einen Strukturwandel, der weiche Standortfaktoren nicht
138 vernachlässigt. Eine lebendige Vereinskultur, kulturelle Vielfalt sowie eine
139 tolerante Zivilgesellschaft sind für Kohleregionen genauso wichtig wie die
140 sogenannten harten Standortfaktoren – also unter anderem der Mobilfunkausbau und
141 eine gute Verkehrsanbindung. Funklöcher und langsames Netz darf es in ländlichen
142 Räumen nicht geben, wenn diese fit für die Zukunft sein wollen. Nicht
143 profitorientierter, staatlich koordinierter Mobilfunk- und 5G-Ausbau darf daher
144 kein Tabu sein. Die Ansiedlung von Bundesbehörden in Kohleregionen begrüßen wir,

145 dennoch können Behördenansiedlungen keine tragenden Säulen des Strukturwandels
146 sein. Was es braucht, sind Arbeitgeber*innen aus den Bereichen erneuerbare
147 Energien und nachhaltige Mobilität, worunter wir vor allem den Bahnverkehr
148 verstehen. So können zum Beispiel Bahnwerke viele Menschen einstellen, die
149 derzeit in der Braunkohle beschäftigt sind – sei es die Mechatronikerin, der
150 Informatiker, die Eisenbahnerin oder der Industriekaufmann. Die
151 Milliardenzahlungen des Bundes, die in die Kohleregionen fließen sollen, dürfen
152 unter keinen Umständen für die Rekultivierung der Tagebaulandschaften genutzt
153 werden, denn dafür sind RWE, LEAG und MIBRAG zuständig. Wir fordern die
154 Auferlegung von Sicherheitsleistungen nach Bundesberggesetz, sodass die
155 Energiekonzerne ausreichend Gelder für die Rekultivierung bereitstellen müssen.

156 **Ohne Klimaschutzgesetz geht nix!**

157 Die letzten Jahre deutscher Klimapolitik und das jetzt schon offensichtliche
158 Verfehlen des Reduktionsziels für 2020 zeigen: Zielsetzungen werden durch die
159 Große Koalition ignoriert. Deshalb braucht es ein Klimaschutzgesetz - nur so
160 kann sichergestellt werden, dass diese Zielsetzungen verbindlich und notfalls
161 auch einklagbar sind. Ein Klimaschutzgesetz sorgt nicht nur für Verbindlichkeit
162 - es stellt auch einen Hebel gegenüber mächtigen Akteur*innen wie dem fossilen
163 Sektor dar. Ebenfalls ist ein Klimaschutzgesetz daneben die notwendige
164 Konsequenz aus den Ergebnissen der Kohlekommission. Die Ergebnisse der
165 Kommission bedeuteten aber auch, dass es ein Kohleausstiegsgesetz braucht.
166 Zugleich stellt es eine Möglichkeit dar, den völlig unzureichenden Ausstiegspfad
167 nachzuschärfen. Die Trennung des Maßnahmengesetzes zum Strukturwandel vom
168 Klimaschutzgesetz kann sich hier als problematisch erweisen. Für uns muss ein
169 Gesetz zum Strukturwandel die oben genannten Leitlinien enthalten und im Kontext
170 des Klimaschutzgesetzes entwickelt werden.

171 Das durch das Bundesumweltministerium vorgeschlagene Klimaschutzgesetz ist ein
172 erster Ansatzpunkt für eine ambitionierte und verbindliche Klimaschutzpolitik in
173 Deutschland. So sollen ein nicht aufweichbarer Ausstiegspfad festgeschrieben
174 werden und Ministerien die Verantwortung für das Erreichen von jährlichen
175 Emissionsreduktionen in den entsprechenden Sektoren sicherstellen. Aus
176 Perspektive der GRÜNEN JUGEND müssen die Ausstiegspfade deutlich nachgeschärft
177 werden: Sie sind nicht mit einem Ausstiegspfad vereinbar, der ein Einhalten der
178 1,5°C-Grenzen ermöglicht.

179 Der vorliegende Gesetzentwurf orientiert sich immer noch nicht am 1,5°C-Ziel,
180 sondern folgt den unzureichenden Zielsetzungen des Klimaschutzplans.

181 Darüber hinaus darf die Trennung der Sektoren durch die Verantwortung in den
182 einzelnen Ministerien nicht verhindern, dass Sektoren zusammengedacht werden.
183 Ein weiteres Element des Vorschlags ist die Zahlung von Strafen für nicht
184 erreichte Emissionsreduktionen aus den Budgets der Ministerien durch den Zukauf

185 von Emissionszertifikaten aus dem Europäischen Emissionshandel. Damit kann zwar
186 letztlich auch eine Ausweitung des Emissionshandels in Deutschland auf bisher
187 ausgeschlossene Betriebe erreicht werden - es löst aber nicht die fundamentalen
188 Probleme, vor denen der Emissionshandel selber steht und dessen mögliche
189 Integration in einen globalen Emissionshandel. Wir schließen uns daher
190 Forderungen nach der Einführung einer Steuer basierend auf dem Ausstoß der CO2-
191 Äquivalente für Unternehmen an. Der Markt bringt es nicht.

192 **Bis zum Kohleausstieg und noch viel, viel weiter!**

193 Das Ergebnis der Kohlekommission ist kein Konsens, sondern verletzt
194 Menschenrechte und ermöglicht keine lebenswerte Zukunft. Doch neben einem
195 Ausstieg aus der Kohle bis 2025 müssen auch die Folgen des Kohleabbaus sowie
196 dessen Beendigung mitgedacht werden. Allerdings reicht alleine ein Kohleausstieg
197 nicht aus, um die Pariser Klimaziele zu erreichen - Mobilität und Landwirtschaft
198 sind nur zwei Aspekte, die maßgeblich zur Klimakrise beitragen. Sie sind noch
199 enger mit unserer Lebensweise [also sowohl Produktion als auch Konsum] verknüpft
200 als Kohle. Die Kämpfe der Klimagerechtigkeitsbewegung werden angesichts dessen
201 intensiver werden. Ob Fridays For Future oder Ende Gelände - wir verstehen uns
202 als Teil dieser Bewegungen und zeigen uns solidarischen mit jenen Akteur*innen,
203 die Gesetze übertreten. Die symbolische Stärke der Aktionsformen können wir in
204 allen Bereichen anwenden. Deshalb solidarisieren wir uns mit Aktionen, die
205 zivilen Ungehorsam auch in die Bereiche Mobilität und Landwirtschaft tragen
206 wollen.

207 Wir stehen als GRÜNE JUGEND in der Pflicht, die Forderungen des
208 zivilgesellschaftlichen Protests in unsere Partei und in das Parlament zu
209 tragen. Wir müssen unbequem bleiben und auch innerhalb unserer eigenen Partei
210 den Druck aufbauen, konkrete Maßnahmen und Zielsetzungen vorzulegen, um der
211 Klimakrise entschlossen entgegenzutreten.